

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3



Wie manche Leute ihre häßliche Politik hinter einem schönen Gesicht verbergen wollen – und was dabei herauskommt

Wer ist der Schönste im ganzen Land?

Früher einmal, als noch der sogenannte „Volksempfänger" als Gipfelpunkt der Nachrichtentechnik galt, da hatten's die Politiker verhältnismäßig einfach. Ein Reichspropagandaredner etwa brauchte sich nur vors Mikrofon zu stellen, und schon konnte er seine Lügen mühelos ins Volk streuen. Heute, im Zeitalter der Television, hätte er es vermutlich schwerer. Er müßte sich eine schmissig-fesche Locke übers Haupt frisieren (wie der Mock) oder ein sanftmütig-babyglattes Antlitz vorweisen (wie der Androsch) oder zumindest sportlich auf zwa Brettln durch den gführigen Schnee wedeln (wie der Schleinzer). Kurz gesagt, ein Politiker muß heute nicht nur reden, sondern sich auch zeigen können; er muß telegen sein.

Vergleiche zwischen den Radiopolitikern von gestern und den Fernsehpolitikern der Gegenwart kann man außerdem schon deshalb nicht ziehen, weil die telegenen Herren von heute 1. bekanntlich nur die Wahrheit sagen und weil sie sich 2. – falls einer von ihnen wider Erwarten doch lügen sollte – mit dem Paragraphen 111 des neuen Strafrechts gegen jede „üble Nachrede" (sprich: Kritik) trefflich abgesichert haben. Einem Journalisten, der künftighin an der Redlichkeit gewisser Televisionäre zweifelt, drohen nicht nur Haft-, sondern auch existenzvernichtende Geldstrafen bis in Millionenhöhe. Übrigens: Der Thieu hat kürzlich in Saigon ebenfalls an seiner Redlichkeit zweifelnde Journalisten verhaften und oppositionelle Zeitungen verbieten lassen.

Doch zurück zum Thema. Abend für Abend blickt also eine erlesene Runde telegener Schönlinge aus der Mattscheibe und tischt uns ihre verschiedenen, einander oft widersprechenden Wahrheiten auf. Und der stille Zuseher stellt fest, daß hier lediglich die alte Politik der Herrschenden hinter neuen Gesichtern versteckt wird. Als Beispiel möge Leopold Gratz dienen, welcher als strahlender Held ins Wiener Rathaus zog, um dort den alten Drachen Mißwirtschaft zurechtzustutzen. Der Drache frißt jedoch mittels Dutzender Tariferhöhungen mehr als je zuvor der Bevölkerung das Geld aus der Tasche, weshalb eine Zeitschrift bereits genüßlich fragte: „Was macht Leopold Gratz (außer Whisky trinken)?"

Das Rezept der alten Parteien, mittels junger und (angeblich) dynamischer Feschaks vor allem Frauenherzen und damit weibliche Wählerstimmen zu erobern, scheint überhaupt danebengegangen zu sein. Ein Umfrageergebnis unter 2000 Österreicherinnen nach dem sympathischesten österreichischen Politiker endete für die Betreffenden nämlich mit einer herben Enttäuschung. Der gewiß nimmer ganz taufrische Oldboy Kreisky kam genauso auf 13 Prozent Sympathiestimmen wie Playboy Androsch, während die Vaterfigur Kirchschläger mit 7 Prozent immerhin ebensoviel Sympathie fand wie der charmant trinkende Gratz. Schleinzer erreichte trotz heftigen Wedelns nur 4 und der hübsche Mock gar nur 3 Prozent.

Das dicke Ende kommt aber noch: 35 Prozent der befragten Frauen urteilten offenbar nicht nach dem Aussehen, sondern nach der Politik der Herren Politiker, und darum fanden sie keinen einzigen von ihnen sympathisch. ●

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 96, März 1975

Die Herren Kapitalisten bauen an der Grenze zu Vorarlberg ein Atomkraftwerk

Wird das Rheintal radioaktiv verseucht?

Den Grenzfluß zwischen Vorarlberg und der Schweiz bildet der Alpenrhein, und einige hundert Meter darüber liegt der kleine Schweizer Ort Rüthi, wo ein Atomkraftwerk gebaut werden soll. Das heißt, inoffiziell ist mit dem Bau bereits begonnen worden, denn die Grundablösen sind abgeschlossen und das ganze Gelände ist mit einer Kiesschicht geschüttet. Die Bauherren, die Nordostschweizerischen Kraftwerke, sind absolut sicher, daß ihr Wollen auch Wirklichkeit wird. Sie haben lange genug gewartet, glauben sie. Bereits vor zehn Jahren, als ihr Planen ruchbar wurde, ging die erste Anti-Rüthi- und "Rüthi nie!"-Stimmung, inszeniert von einer Vorarlberger Lokalzeitung, durch das Land. Auch in der Schweiz und Liechtenstein hatten sich Anti-Rüthi-Komitees gebildet. Seither, so meinen die Bauherren, haben sich sicher hüben wie drüben die Gemüter beruhigt. Umsomehr, da der österreichische Außenminister Bielka bei seinem Antrittsbesuch in der Schweiz unter anderem dem Atomwerkbefürwortern kräftige Schützenhilfe gab. Aber interessanter noch ist die Haltung maßgeblicher Vorarlberger Landespolitiker

(Fortsetzung siehe Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

wie Landeshauptmann Dr. Kessler, zugleich auch Aufsichtsratsvorsitzender der Illwerke. Als Landeshauptmann ist Dr. Kessler gegen den Bau des Kernkraftwerkes, als Firmenvertreter ist er dafür.

Die Frage des Atomkraftwerkes Rüthi ist für die Bevölkerung der ganzen Region aber weit mehr als ein Wahlkampfthema der diversen Parteien oder ein willkommener Aufhänger für eine Zeitung zwecks Konkurrenzkampf und Auflagenerhöhung.

In der bestehenden kapitalistischen Ordnung mit ihrem maßlosen Profitstreben ist es unumgänglich, daß Atomkraftwerke wie die Pilze aus dem Boden schießen und der problematische Atomstrom als Energiequelle herangezogen wird. Es muß gesagt werden, daß der skrupellose Einsatz von Kernenergie, so wie er derzeit vom Kapital betrieben wird, für die Volksmassen eine außerordentliche Bedrohung ihrer Lebensbedingungen darstellt.

Es ist eine Tatsache, daß selbst bei normalem, störungsfreien Betrieb eines Atomreaktors die radioaktive Umgebungsbelastung schwere gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung hervorruft. Die US-Akademie der Wissenschaften hat z.B. festgestellt, daß es zu einem sprunghaften Ansteigen der Krebserkrankungen und der Krebstoten kommen werde, wenn die Bevölkerung auch nur jener radioaktiven Abstrahlung atomarer Kraftwerke ausgesetzt ist, die heute als "unschädlich" bezeichnet wird. Der Haken bei der ganzen Sache ist nämlich der, daß es keine "Toleranzgrenze" für radioaktive Umgebungsbelastung gibt, unterhalb der Leben und Gesundheit der Bevölkerung nicht gefährdet sind. Im Gegenteil: Selbst Abstrahlungsdosen, die weit unter den heute gültigen "Toleranzgrenzen" liegen, rufen gesundheitliche Schäden hervor. Denn die im Interesse der Energiemonopole festgelegten höchstzulässigen Abstrahlungswerte von Kernkraftwerken sind unter "Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit" fixiert. Schutzmaßnahmen für Leben und Gesundheit gehen also nur so weit, als es für die Betreiber von Atomkraftwerken keine "Unkosten" verursacht.

Die Bedrohung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung durch Kernkraftwerke ist also kein Hirngespinst irgendwelcher moderner "Maschinenstürmer" oder etwas, das sich Umweltschutz"fanatiker" ausgedacht haben, sondern eine reale Tatsache, die ihre Wurzeln im kapitalistischen System selber hat, wo um des Profits willen über Leichen gegangen wird im Interesse der Monopole und ihres kapitalistischen Staates. Amerikanische Wissenschafter, die diese Gefahren der Kernkraftwerke aufgezeigt und nachgewiesen haben, waren jahrelangen Diffamierungen durch die Energiemonopole ausgesetzt, damit die Wahrheit nur nicht an den Tag kommt.

Was das geplante Atomkraftwerk in Rüthi betrifft, so ist es eine echte Gefahr für die Einwohnerschaft des dichtbesiedelten Rheintales. Überdies besteht bei Unfällen Verseuchungsgefahr von Rhein und Bodensee, die nicht zu unterschätzen ist.

Gerade die Vorarlberger Bevölkerung muß sich im klaren darüber sein, daß das Kernkraftwerk Rüthi kein Umweltschutzproblem, sondern ein politisches Problem ist. Nämlich die Bedrohung der Lebensgrundlagen durch kapitalistische Profitinteressen. Und für ein politisches Problem gibt es nur eine politische Lösung: Der breiteste Kampf des Volkes gegen die Bedrohung seiner Lebensgrundlagen!

Es gibt Fälle - wie zum Beispiel gerade jetzt im deutschen Nachbarraum - wo es zu Kampfaktionen gegen den Bau von Kernkraftwerken kam und die Bevölkerung die Baustellen besetzte (Kernkraftwerk Whyl).

Letztlich ist es eine Frage der Gesellschaftsordnung, ob im Interesse eines Klüngels von Geschäftemachern Leben und Gesundheit des Volkes bedroht werden, wie im Kapitalismus. Oder ob die Entwicklung der Wirtschaft unter dem Schutz der Lebensinteressen der arbeitenden Menschen erfolgt, was nur unter der Volksmacht, im Sozialismus, möglich ist. Wirkliche Erhaltung und Sicherung der Lebensbedingungen des Volkes sind erst dann möglich, wenn die kapitalistische Profitwirtschaft durch die sozialistische Revolution gestürzt und die Volksmacht errichtet wird. Dessen muß man sich bewußt werden und den Kampf für dieses Ziel aufnehmen.

Und mag Landeshauptmann Dr. Kessler sich noch so hin- und herwinden, mag er sich hinter Aussagen von Landtag und Landesregierung mit dem Argument verschanzen, "diese richten sich nicht gegen den Bau von Kernkraftwerken generell, sondern gegen ein AKW mit Standort Rüthi", so kann man ihm das nicht abnehmen. Es wird klarer sichtbar werden, daß er nicht "Landesvater für alle" ist, sondern Häuptling der lokalen Bourgeoisie und Geldsäcke, deren Interessen schlußendlich seine Entscheidungen diktieren. ●

Bericht über die Beratung marxistisch-leninistischer Gruppen in Salzburg

Am 1./2. Februar 1975 trafen sich in Salzburg Vertreter folgender Organisationen: Kommunistischer Bund Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) zu einem Meinungsaustausch über die gegenwärtige Lage der marxistisch-leninistischen Bewegung und ihren weiteren Weg.



1. Die Berichte der einzelnen Gruppen über ihre Entstehung, Entwicklung und politische Tätigkeit zeigten, daß ihr Kampf bereits gewisse Anfangserfolge zu verzeichnen hat. Andererseits zeigte es sich auch, daß die Zersplitterung der marxistisch-leninistischen Bewegung der Erfüllung ihrer Aufgaben hinderlich ist.

Es gab Übereinstimmung, daß wir uns auf den Zusammenschluß aller kommunistischen Kräfte innerhalb einer landesweit tätigen, demokratisch-zentralistischen Kampforganisation orientieren müssen. Diese kann noch nicht die proletarische Partei sein, aber durch die Vereinheitlichung wird es uns weit besser möglich sein, einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau der neuen kommunistischen Partei zu leisten.

Es gab Übereinstimmung, daß die Schaffung einer neuen kommunistischen Arbeiterpartei angestrebt werden muß und dies heute die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten darstellt, denn die Arbeiterklasse kann nur dann den Sozialismus erkämpfen, wenn sie sich eine organisierte Vorhut in Gestalt einer solchen Partei schafft. Die österreichische Arbeiterklasse hat keine Klassenpartei mehr seit dem Übergang der "K"PÖ zum Revisionismus und damit ins Lager der Bourgeoisie.

2. Die Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten in einer demokratisch-zentralistischen Kampforganisation ist nur möglich auf dem Boden einer gemeinsamen ideologischen Grundlage und einer gemeinsamen politischen Linie, einer gemeinsamen Strategie und Taktik.

Diesbezüglich wurde festgestellt, daß alle genannten Organisationen sich zu den Prinzipien des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen bekennen und diese auf die konkreten Verhältnisse in unserem Land anwenden wollen.

3. Als nächster Tagesordnungspunkt wurden einige wesentliche Meinungsverschiedenheiten über die politische Linie und über taktische Fragen angeschnitten: Z.B. über die Frage, welchen Platz der Kampf um die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs im Klassenkampf des österreichischen Proletariats einnimmt; über die Gewerkschaftsfrage; über die Frage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den kleinen Bauern; über die Frage der slowenischen Minderheit in Kärnten.

Es wurde von den Vertretern aller Gruppen die Dringlichkeit der Aufgabe anerkannt, diese und alle anderen Meinungsverschiedenheiten in ideologischen und politischen Fragen vor den Augen aller Interessierten öffentlich aufzurollen und auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu behandeln.

4. Es wurde Einigkeit darüber erzielt, daß keine politischen und organisatorischen Schritte gesetzt werden sollen, die einen Teil der marxistisch-leninistischen Bewegung aus den weiteren gemeinsamen Bemühungen um Einheit und Zusammenschluß ausschließen würden, solange nicht alle Möglichkeiten zur Herstellung dieser Einheit ausgeschöpft sind.

5. Als letzter Tagesordnungspunkt wurde vereinbart, ein gemeinsames Auftreten in wichtigen Fragen der aktuellen Politik anzustreben und auch die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen und praktischen Erfahrungen im Hinblick auf die Herstellung der Einheit zu behandeln. Zur Durchführung solcher Auseinandersetzungen sollen auch breite gemeinsame Diskussionsversammlungen der Mitglieder, Kandidaten und Sympathisierenden der genannten Organisationen angestrebt werden.

Konkret wurde vereinbart, die Zusammenarbeit anzustreben zum 1. Mai und zum 30. Jahrestag des Endes von 2. Weltkrieg und Nazifaschismus, zu den Nationalratswahlen und im Kampf gegen das Abtreibungsverbot.

Salzburg, 2. Februar 1975 ●

Arbeiterversammlung im Vorarlberger Oberland

Trotz herrlichen Ausflugswetters war am 1. März das Extrazimmer im Gasthaus Krönele in Brederis wegen des guten Besuchs fast zu klein. Dies zur berechtigten Freude aller Genossen und Aktivisten, die durch ihre gute Vorbereitungsarbeit, gestützt auf die richtige Linie, diese echte Arbeiterversammlung vorbereiteten. Mit Genossen und Freunden kamen Leser der VRA-Zeitung und Arbeitskollegen aus dem Raum Dornbirn-Feldkirch.

Sehr umfangreich war die Diskussion im Anschluß an eine informative Einleitung. Das Interesse an den angeschnittenen Themen und die Fragen dazu beweisen, daß trotz Klassenverrat, bürgerlicher Propaganda usw. Klassensolidarität und Bewußtsein der arbeitenden Menschen nicht ausgelöscht werden konnten.

Sicher war diese Versammlung wieder nur ein ganz kleiner Schritt vorwärts auf dem "Langen Marsch" zur Volksmacht. Aber wenn Marxismus, Leninismus, Maotsetungideen, die diese Versammlung prägten, im Bewußtsein der Arbeiter neue Wurzeln schlagen, wird sich dieser Schritt zweifellos vergrößern. Das Interesse an der aufgelegten Literatur war groß und ein Beweis, daß diese Annahme berechtigt ist.

Die vielen Beiträge über die Situation in den Betrieben und der heutigen Lage der Arbeiterklasse vertieften die Erkenntnis: Es ist notwendig, sich zu organisieren, gestützt auf die eigene Kraft den Kampf aufnehmen und entwickeln, die revolutionäre marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen.

Ebenfalls einen großen Raum in der Diskussion hat die Volksrepublik China eingenommen. Das Vorbild, das uns das chinesische Volk unter der Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung auf seinem revolutionären Weg beim Aufbau des Sozialismus bietet, ist eine große Ermutigung und Unterstützung in unserem Kampf und wird uns erleichtern, die notwendige Klarheit zu finden, um den wissenschaftlichen Sozialismus auf die konkreten Bedingungen in Österreich anzuwenden. Im gleichen Sinn wurde auf das revolutionäre Vorwärtsschreiten der Völker der Dritten Welt hingewiesen.

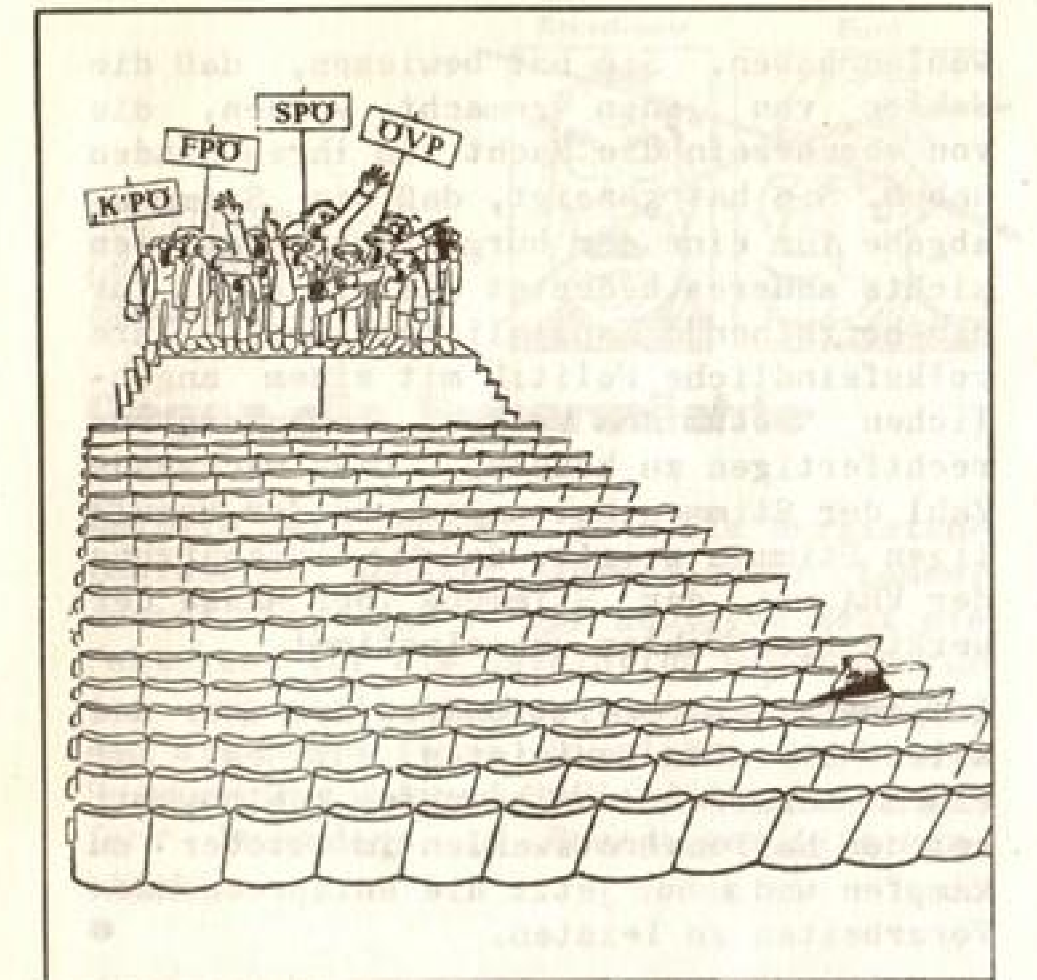
(Bericht der Leitung der Landesgruppe Vorarlberg) ●

AZ gegen Lohnerhöhungen

Die kapitalistische Welt befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Österreich ist dabei keine Ausnahme und auch keineswegs die berühmte „Insel der Seligen", obwohl es die herrschende Klasse glänzend versteht, zu manövrieren und die Lasten der Krise auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen. Bezüglich des realen Wachstums des Nationalprodukts lag Österreich in der westlichen Welt an der Spitze und das groß angekündigte Zahlungsbilanzdefizit wegen der „vielfach gestiegenen Erdölpreise" wurde infolge einer gewaltigen Steigerung der Exporte vermieden. Darüber jubeln natürlich die Kapitalisten aller Schattierungen sowohl in der SPÖ als auch in der ÖVP.

Die Marschroute, mit der sie weiterhin Profite scheffeln wollen, ist schon festgelegt. Mittels massiver Drohungen unter Hinweis auf durch die Krise gefährdete Arbeitsplätze verstärken sie den Druck auf die Löhne und die Antreiberei in den Betrieben und wollen damit gleichzeitig die Arbeiter zwingen, die horrend gestiegenen Kosten der stets weitergehenden Inflation widerspruchslos zu schlucken, indem sie über längere Zeit auf Lohnerhöhungen als Teuerungsausgleich überhaupt verzichten und, wenn solche vorgenommen werden, sie weit unter dem gerechten Ausmaß liegen. Die Hauptstütze dieser Politik ist die SPÖ-Führung. Einen Beweis dafür liefert wieder einmal die "Arbeiter-Zeitung". Am 22.2. 1975 versucht ein Helmut Romé den Lesern auf Seite 4 klarzumachen, daß es jetzt hauptsächlich darauf ankommt, die "Arbeitskosten" - sprich Löhne - so niedrig und stabil wie möglich zu halten, um die "Konkurrenzfähigkeit" der Industrie auf dem Weltmarkt zu sichern. Und er wettert gegen die Gewerkschaften, daß diese bei den Tarifabschlüssen zu hohe Forderungen stellen. Konkret nimmt er die Bau- und Holzarbeiter aufs Korn, die jetzt 16,6 Prozent Lohnerhöhung auf Jahresbasis fordern.

Indem er auf Deutschland verweist, meint er, daß 6,6 Prozent auch genügen. Das heißt nichts anderes, als daß die Arbeiter im Interesse kapitalistischer Superprofite auf ihre gerechten Lohnforderungen verzichten sollen. So etwas wird den Arbeitern in "ihrer" Zeitung vorgesetzt. Es wird also höchste Zeit, daß dieses Spiel durchschaut wird und daß die Arbeiter sich nicht mehr länger von verräterischen Führern gängeln und betrügen lassen, sondern sich auf ihre Kraft besinnen und mit der Faust auf den Tisch hauen - sprich: notfalls auch durch Streiks ihre gerechten Forderungen erzwingen. ●



Leere Worte für den Wähler

Nun stehen uns wieder, wie man so schön sagt, allgemeine Wahlen "ins Haus". Wie verhalten sich dazu die einzelnen Klassen unserer Gesellschaft im heutigen Österreich?

Wie verhält sich die Ausbeuterklasse zur kommenden Nationalratswahl? Diese Klasse, d.h. die herrschende Bourgeoisie, handelt durch Vermittlung ihrer Parteien. Alle diese Parteien - SPÖ, ÖVP, FPÖ und "K"PÖ - machen sich im Zusammenhang mit den Oktoberwahlen Gedanken darüber, welche Regierungsform sich gemäß den Wahlresultaten als die geeignetste anbieten würde, um weiterhin die arbeitenden Menschen im Joch der Lohnsklaverei, der Ausplünderung und Unterdrückung durch das staatliche und private Monopolkapital halten zu können. Bezüglich des Inhalts jeder möglichen Regierungspolitik nach den Parlamentswahlen gibt es keine wie immer geartete Meinungsverschiedenheit. Alle genannten Parteien, die sämtlich auf dem Boden des derzeitigen Gesellschaftssystems stehen, treten faktisch für die Aufrechterhaltung einer "Ordnung" ein, bei der drei Viertel der Bevölkerung ausgebeutete Lohnabhängige bleiben, mehr als neun Zehntel der Österreicher weiterhin vom Kapital als besitzlose Proletarier oder als selbstarbeitende Kleineigentümer ausgebeutet und ausgeplündert werden, zum Wohl der "privaten" und bürokratischen Kapitalisten. Ob "Alleinregierung" oder "große Koalition" oder "kleine Koalition" oder "Konzentrationsregierung" oder gar "Minderheitsregierung" mit stillschweigender Unterstützung der sogenannten "Opposition" - es kommt alles auf ein und dasselbe hinaus: nämlich auf die Erhaltung der bestehenden Zustände.

Die Werktätigen und die Wahlen

Wie verhalten sich die arbeitenden Menschen zu diesen Wahlen? In der parlamentarischen Republik, die sich auf dem Fundament der bürgerlichen Demokratie erhebt, "herrscht die besitzende Klasse direkt mittels des allgemeinen Stimmrechts", stellte der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Friedrich Engels, 1891 fest. Die Arbeiter haben daher in der bürgerlichen "Demokratie" keine andere Möglichkeit, als entweder "einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll" (Karl Marx, 1871) oder (je nach den konkreten geschichtlichen Bedingungen) revolutionäre Vertreter zu wählen, die dem ganzen kapitalistischen Gesellschaftssystem den Kampf auf Leben und Tod ansagen bzw. die Schwindelwahlen der herrschenden Ausbeuterklasse zu entlarven und zu boykottieren. "Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse, mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat..." (Engels, a.a.O.)

In demselben Sinn, aber noch konkreter, stellte Lenin in seinem "Brief an die österreichischen Kommunisten" (im August 1920) fest, daß erstens Kommunisten "ins bürgerliche Parlament gehen, um von der Tribüne dieser durch und durch verfaulten kapitalistischen Einrichtung aus, in welcher die Arbeiter und die Werktätigen betrogen werden, den Betrug zu entlarven." Zweitens, schrieb Lenin in diesem Brief, müssen die Kommunisten "den Betrug eben von jener Tribüne aus klarstellen, welche die rückständigen Schichten der Arbeiter und insbesondere der nichtproletarischen werktätigen Masse als wesentlichste und autoritativste ansehen" (s. Lenins Werke, IV. Auflage, russisch, Bd. 31, S. 242 - 244). Was Lenin damals gegen die falsche Taktik der sektiererischen Elemente der soeben gegründeten KPÖ ins Treffen führte, waren somit zwei Argumente: 1. Man muß, solange es einen Sinn hat, den bürgerlichen Parlamentarismus auch unter Ausnützung der parlamentarischen Tribüne selbst als Betrug an den Werktätigen entlarven; 2. man muß, wenn dies möglich ist, auch die parlamentarische Tribüne ausnützen, um die Werktätigen, welche noch Illusionen gegenüber dem bürgerlich-demokratischen Parla-

mentarismus hegen, davon zu befreien. Die Ausnützung der parlamentarischen Tribüne dient also für Kommunisten - nach Lenin - lediglich dem Zweck, die Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie zu entlarven und die Werktätigen von ihren bürgerlich-parlamentarischen Illusionen zu befreien.

Heute sind diese Illusionen - sehr zum Leidwesen der herrschenden Klasse - stark im Abnehmen begriffen. Deshalb ja auch die krampfhaften Bemühungen, das "Hohe Haus" und die diversen "Wahlen" den arbeitenden Massen als Ausdruck und Mittel ihrer Willensäußerung schmackhaft zu machen.

Die VRA hat deswegen seit 1969 konsequent die Wahlen auf Bundes- und Länderebene als Schwindelwahlen charakterisiert, weil die arbeitenden Menschen im heutigen Österreich nichts zu reden und niemanden zu wählen haben. Sie hat bewiesen, daß die Wahlen von jenen gemacht werden, die von vornherein die Macht in ihren Händen haben. Sie hat gezeigt, daß die Stimmenabgabe für eine der bürgerlichen Parteien nichts anderes bedeutet als ein Alibi für die herrschende Kapitalistenklasse, ihre volksfeindliche Politik mit einem angeblichen "Votum des Volkes" bemänteln und rechtfertigen zu können. Die wachsende Zahl der Stimmenthaltungen und der ungültigen Stimmen zeigte, daß die Einschätzung der VRA mit der Stimmung der Masse der werktätigen Wähler übereinstimmt.

Aufgabe aller revolutionären Arbeiter und aller Marxisten-Leninisten ist es, für einen massiven und bewußten Wahlboykott bei den Nationalratswahlen im Oktober zu kämpfen und schon jetzt die entsprechenden Vorarbeiten zu leisten. ●

Kurzmeldungen

Eine belgische Kristallwarenfabrik, die Cristalleries de Val-St-Lambert bei Lüttich, die geschlossen werden soll, ist von der Belegschaft besetzt worden. Diese produziert in eigener Regie weiter und hat den Direktverkauf der Produkte organisiert.

★

Am 6. Jänner begann in Westbengalen ein Streik von 250.000 Arbeitern der Juteindustrie. Die Arbeiter forderten höhere Löhne sowie die Versorgung der armen Dorfbevölkerung mit verbilligten Nahrungsmitteln. Die indische Regierung hat Polizei in die Industriegebiete geschickt, um den Streik zu unterdrücken.



Eine Werkzeugfabrik in Lissabon ist am 3. Februar nach einem dreimonatigen Streik der Belegschaft von der Arbeitern besetzt worden. Diese haben beschlossen, den Verkauf der Produktion selbst zu übernehmen.

★

Im Jänner kam es in Finnland zu Streiks, die etliche tausend Arbeiter erfaßten. Die Arbeiter forderten Lohnerhöhungen, weil durch die enorme Inflation ihr Lohn immer weniger wert ist und durch diesen Lohnraub ihr Lebensstandard immer weiter gedrückt wird. Seit Jahresbeginn hat es in Finnland starke Preiserhöhungen auf allen Gebieten gegeben. So wurden durch eine Erhöhung beim Zucker um 50 Prozent die Preise für zahlreiche Lebensmittel in die Höhe getrieben.

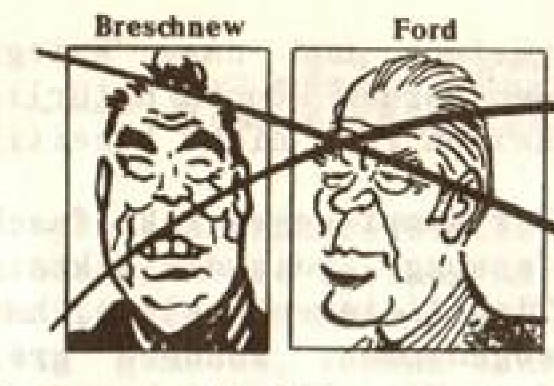
★

Rußland wird die Preise für seine Erdöllieferungen an die von ihm kontrollierten osteuropäischen Länder verdoppeln. Das ist kürzlich bekannt geworden. Dabei wird dieses Erdöl, das Rußland überwiegend zu einem Spottpreis in Ländern der Dritten Welt "erworben" hat, an westeuropäische Länder zu einem niedrigeren Preis geliefert als an die angeblichen "Bruderländer" Rußlands. Was da von den Kremlmachthabern als brüderliche "Sozialistische Gemeinschaft" bezeichnet wird, das ist eben in Wirklichkeit nackte imperialistische Ausplünderung und Kontrolle durch den Sozialimperialismus.

★

Im vergangenen Jahr haben die albanischen Werktätigen große Erfolge bei der Steigerung der Produktion und bei der Durchführung des Sparsamkeitsregimes auf allen Gebieten erzielt. Zigtausende Tonnen von Stahl, Treibstoff, Getreide usw. wurden eingespart. In einer Massenbewegung haben die Arbeiter und Bauern konkrete Maßnahmen beschlossen, um die Produktion zu erhöhen und Verschwendung von Rohmaterial zu bekämpfen. Unter der Losung: "Abfallprodukte sind zugleich auch Rohmaterial für die Produktion" haben die Arbeiter der Altmaterial-Sammel- und Aufkaufzentren 1974 8.000 Tonnen Altpapier, 6 Millionen Schachteln und große Mengen Plastik, Autoreifen, Eisen, Stahl, Aluminium usw. gesammelt. ●

Marxisten-Leninisten Europas:



Gegen die Supermächte

So wie wir weisen auch die Marxisten-Leninisten anderer europäischer Länder darauf hin, daß in der heutigen Welt die Faktoren für die Revolution wie auch für den imperialistischen Krieg wachsen und daß die zugespitzte Rivalität der beiden Supermächte USA und Rußland die Kriegsgefahr besonders in Europa gewaltig verstärkt.

Frankreich

So hat die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Frankreichs in einem Kommunique gegen Ende des vergangenen Jahres die Notwendigkeit der Einheit der Völker Westeuropas gegen die Bedrohung durch die beiden Supermächte, besonders durch den russischen Sozialimperialismus betont. Die Weltlage entwickelt sich heute, so heißt es in diesem Kommunique, zugunsten der Völker und in einer für den Imperialismus und Sozialimperialismus ungünstigen Richtung. "Die Imperialisten und Sozialimperialisten, die von unüberwindbaren Schwierigkeiten erfaßt sind, werden unvermeidlich in der ganzen Welt, besonders in Europa, dem Zentrum ihrer Rivalität, noch intensiv Unruhe stiften." Deshalb rufen die französischen Marxisten-Leninisten das französische Volk zur Wachsamkeit gegenüber der Bedrohung des Friedens in Europa und der nationalen Unabhängigkeit der europäischen Länder durch die Supermächte, besonders durch Rußland, auf. Es sei notwendig, "den Klassenkampf für unmittelbare Forderungen als Vorbereitung der proletarischen Revolution weiterzuführen und die Einheit der europäischen Völker auf allen Gebieten zu verstärken."

Nordeuropa

Auf einer gemeinsamen Konferenz zu Jahresbeginn haben sich Marxisten-Leninisten aus Finnland, Dänemark, von den Färöer-Inseln, Island, Norwegen und Schweden in zwei Erklärungen über die Situation in Nordeuropa sowie gegen den Revisionismus entschieden gegen die Bedrohung durch die zwei Supermächte gewendet und erklärt, daß die nordeuropäischen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen nach nationaler Unabhängigkeit streben und diese verteidigen. "Die nordeuropäischen Länder sehen sich einer wachsenden Bedrohung durch ... die USA und die Sowjetunion gegenüber, ... In ihrem Westen ist es die Anwesenheit der US-imperialistischen Kräfte. Im Osten ist es der von der Sowjetunion gegründete Warschauer Pakt mit seiner offen aggressiven Natur." Die Konferenz der nordeuropäischen Marxisten-Leninisten erklärte weiters, daß die Sowjetunion "eine unersättliche imperialistische Supermacht ist, die die Interessen der nordeuropäischen Völker, das Selbstbestimmungsrecht und die gerechten nationalen Interessen der nordeuropäischen Länder bedroht." Sie hat ihre Truppenstärke in Osteuropa verstärkt, ihre Waffen und ihre Ausrüstung weiter verbessert, ihre Flottenbasis auf der Halbinsel Kola, die größte in der Welt, ausgebaut und ihre Seestreitkräfte im Nordatlantik, in der Norwegischen See und in der Barentssee verstärkt.

In den gemeinsamen Erklärungen der nordeuropäischen Marxisten-Leninisten wird festgestellt, daß die gegenwärtige Weltlage den Völkern aller Länder eine glänzende Perspektive eröffnet. Die Supermächte werden immer mehr isoliert, die Dritte Welt hat in ihrem Kampf großartige Siege errungen, und die Arbeiterklasse und die Volksmassen in den kapitalistischen Ländern haben ihren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung verstärkt. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen die Revolution - die Strömung erfaßt die ganze Welt.

Weiters erklären die Marxisten-Leninisten Nordeuropas, daß es notwendig ist, die Freundschaft zwischen den nordeuropäischen Völkern zu stärken, die Freundschaft mit China und den anderen sozialistischen Ländern zu entwickeln und Schulter an Schulter mit den Völkern der Dritten Welt zu kämpfen.

★

Diese zwei Beispiele - das der französischen und das der nordeuropäischen Marxisten-Leninisten - zeigen die klare marxistisch-leninistische Haltung in der Frage der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegenüber den beiden Supermächten. Ähnliche Erklärungen wurden auch von Marxisten-Leninisten der Schweiz und anderer europäischer Länder veröffentlicht. ●

Ein Unterschied wie Tag und Nacht:

Nordkorea – Südkorea

Während das nordkoreanische Volk immer neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erringt, entwickelt sich im Süden Koreas der Volkskampf gegen das faschistische Pak-Jung-Hi-Regime.

Das vergangene Jahr brachte eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Südkorea. Galoppierende Inflation, eine ständig steigende Zahl von wirtschaftlichen Bankrotten, eine sich ständig verschlechternde Handelsbilanz und eine besorgniserregende Nahrungsmittelknappheit machen dem Volk das Leben schwerer denn je. Die Abhängigkeit vom ausländischen Monopolkapital bringt Südkorea angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus in die schwierigste Situation seit langem. So erreichte das Außenhandelsbilanzdefizit im abgelaufenen Jahr nicht weniger als zwei Milliarden US-Dollar.

Sogar Pak Jung Hi selber und seine Clique mußten diese Umstände zugeben. Für dieses Jahr wurde eine Steigerung der Arbeitslosenziffern um 400.000 angekündigt. Durch die triste Situation beunruhigt, verstärkt das Regime weiter den Druck auf das Volk. Die Steuern werden erhöht, Nahrungsmittel werden rationiert und Arbeitslose an ausländische Kapitalisten als "Emigranten" verkauft. Und das, obwohl die Demokratische Volksrepublik Korea mehr als einmal dem südkoreanischen Regime für die Arbeitslosen Beschäftigung im Norden des Landes angeboten hat!

Mit aller Macht versucht sich Pak Jung Hi durch faschistische Unterdrückung an der Herrschaft zu halten. Täglich werden Gegner des Regimes verhaftet, die Presse wird stärker denn je unterdrückt. Dies hatte zur Folge, daß kürzlich 400 Journalisten den Kampf aufnahmen und die Freilassung verhafteter Kollegen und aller eingesperrten Patrioten forderten.

Die USA-Imperialisten und das Pak-Regime verschärfen zunehmend die Spannung auf der koreanischen Halbinsel. 1974 ist das Waffenstillstandsabkommen mit Nordkorea nicht weniger als 23.000mal verletzt worden, und die USA haben in der Nähe der Demarkationslinie Nuklearsprengköpfe und Atombomben deponiert. Die militärische Aufrüstung und das "Kriegsgeschrei" gegen den Norden können natürlich die Schwierigkeiten Paks nicht beseitigen.

Der Kampf gegen Paks faschistische "Verfassung", die die Diktatur seiner Clique "legalisieren" sollte, hat nicht nur nicht abgenommen, sondern greift um sich. Pak Jung Hi wollte sich auch noch als "Vertreter und Führer" des koreanischen Volkes bestätigt haben und schrieb sogenannte "Wahlen" aus. Diese sollten ihm Vorwände für weitere, noch größere Unterdrückungsmaßnahmen liefern und diesen noch einen "demokratischen" Anstrich geben. Diese Augenauswischerei wurde von den Oppositionsparteien boykottiert und von einem Großteil des Volkes – wie das Wahlergebnis zeigt – durchschaut.

Die "demokratischen" Wahlen spielten sich so ab, daß massiv Polizei und Militär ausgeschickt wurden, um das Volk zur Urne zu treiben. An vielen Orten kam es bei den Wahllokalen zu Kämpfen zwischen der Bevölkerung und der Polizei. In Seoul wurden Wahllokale in Brand gesteckt, und in einer Ortschaft zerschlugen junge Menschen aus Protest gegen die Wahlfarce die Wahlurne. Ein Teil der Bevölkerung wählte überhaupt nicht, ein weiterer ungültig, sodaß Pak Jung Hi nur von etwas mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten "gewählt" wurde. Aber selbst die bürgerliche "Presse" spricht im Zusammenhang mit den sudkoreanischen "Wahlen" von einem "möglicherweise nicht perfekt demokratisch errungenen Wahlsieg" Pak Jung His ("Presse" vom 19. II. 1975).

Faschistischer Terror und massive "Manipulationen" waren so offenkundig, daß Pak selber einige Staatsangestellte bzw. Mitglieder seiner Partei unter dem "Verdacht betrügerischer Manipulationen" verhaften ließ, um die "demokratische" Fassade zu wahren.

Angesichts des offensichtlichen Reinfalls bei den "Wahlen" machte Pak Jung Hi einen Rückzieher und heuchelte "guten Willen", indem er "gnadenhalber" 203 politische Häftlinge freiließ (eingekerkert sind etliche tausende Menschen). Die "Presse" vom 19. Februar zitiert einen der entlassenen politischen Häftlinge: "Ich bin jederzeit bereit, ins Gefängnis zurückzugehen, um den Kampf für die Demokratie fortzusetzen" und berichtete weiter, daß sich auch viele andere der Amnestierten ähnlich geäußert und ihre Absicht bekundet hätten, sich durch den "Gnadenerlaß" Pak Jung His nicht täuschen bzw. korrumpieren zu lassen. ●

Dadschai — Vorbild für die Landwirtschaft in China

Geleitet von der proletarisch-revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung hat die Landwirtschaft Volkschinas außerordentliche Fortschritte gemacht. China baut heute genug Getreide für seine Bevölkerung von nahezu 800 Millionen, und auch das Denken der Bauern hat sich grundlegend gewandelt. Ein bedeutender Faktor für diese Entwicklung ist die in den Landgebieten der Volksrepublik China durchgeführte Bewegung "Lernt von Dadschai".

Dadschai ist eine Produktionsbrigade in der Gebirgslandschaft der nordchinesischen Provinz Schansi. Unter der Führung der Parteizelle hat diese Brigade ein vor der Befreiung sehr armes Dorf in ein aufstrebendes, neues, sozialistisches Dorf verwandelt. Der Weg, den Dadschai dabei beschritten hat, ist der von Mao Tsetung aufgezeigte Weg für die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft in China.

Die chinesische Nachrichtenagentur "Hsinhua" interviewte den Genossen Tschen Yung-Gui, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas, über die bedeutende Rolle, die der revolutionäre Geist Dadschais bei der Entwicklung von Chinas Landwirtschaft spielt. Die Geschichte der Kämpfe und Fortschritte Dadschais sind eng mit der Person des Genossen Tschen Yung-Gui verbunden. Bis Ende 1973 war er Sekretär der Parteizelle Dadschais. Seither hat die 27jährige Kommunebäuerin Guo Feng-lien diesen Schlüsselposten inne. Genosse Tschen Yung-Gui hat bis jetzt mehr als 20 Provinzen Chinas besucht, um zu sehen, wie es mit der Bewegung des Lernens von Dadschai vorwärtsgeht. Im folgenden geben wir eine Zusammenfassung der Feststellungen Tschen Yung-Guis wieder:

"Die Bewegung, von Dadschai zu lernen, hat seit 1964 einen großen Aufschwung genommen, als der Vorsitzende Mao den Aufruf erließ 'Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai', besonders aber in den acht Jahren seit Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Diese Bewegung hat den sozialistischen Enthusiasmus mehrerer hundert Millionen Bauern hervorgerufen. 'Schlagt den Weg von Dadschai ein und treibt Ackerbau für die Revolution', das ist zu einem vielverwendeten Ausspruch in den Volkskommunen und Produktionsbrigaden in allen Landesteilen geworden.


Genosse Tschen Yung-gui arbeitet Pläne für den Wasserbau zusammen mit Kommunemitgliedern aus.

Genosse Tschen Yung-gui wurde im Jahre 1969 auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas zum Mitglied des ZK und 1973 auf dem X. Parteitag zum Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees gewählt. Jetzt ist er Sekretär des Parteikomitees der Provinz Schansi und Sekretär des Bezirksparteikomitees von Zentralschansi und Sekretär des Kreisparteikomitees Hsiyang.

Viele Volkskommunen und Produktionsbrigaden haben sich in den vergangenen Jahren den Titel einer hervorragenden Produktionseinheit vom Typ Dadschais erarbeitet. Dazu kommt noch, daß sich eine Reihe von Kreisen des Dadschai-Typs entwickelt haben.

Diese Kollektive haben innerhalb weniger Jahre in der Getreideproduktion große Zuwachsraten zu verzeichnen. Eine wachsende Zahl von ländlichen Kadern und Kommunemitgliedern hat durch ihre eigene Erfahrung erkannt, daß alles, was die Bauern von Dadschai vollbringen können, auch sie selbst erreichen können.

Die Parteizelle von Dadschai erzieht die Bauern im Geiste des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen. Zugleich verläßt sie sich auf die Massen, gibt ihrer kollektiven Kraft freien Spielraum und beharrt auf dem Geist des Selbstvertrauens und des harten Kampfes, um eine radikale Wandlung der Produktionsbedingungen herbeizuführen. Das ist eine der wichtigsten Erfahrungen, die bei der Verbesserung der Produktion in Dadschai gemacht worden ist. Wenn sich die Produktionsverhältnisse verändern, die Produktionsbedingungen aber nicht umgestaltet werden, dann kann weder die Begeisterung



Die Bauern von Dadschai errichten Terrassenfelder.

der Massen noch die Überlegenheit der kollektiven Wirtschaft voll ins Treffen geführt werden.

Dadschai war als ein kleines, verarmtes Bergdorf bekannt, dessen 53 Hektar dürftiges Land auf 4.700 Parzellen verstreut war. Es wurde fortwährend von Bodenerosion betroffen, wurde in neun von zehn Jahren von Dürre heimgesucht und hatte nur geringe Ernteerträge. Indem wir uns auf die Kraft des Kollektivs verließen, haben wir seit 1953 Hügelketten und Schluchten umgestaltet und Terrassenfelder angelegt, die stabile und hohe Erträge liefern. 'Ackerbau für die Revolution zu betreiben' hat sich in einer ganzen Reihe von Maßnahmen ausgedrückt. Als Ergebnis davon hat sich der Getreideertrag Dadschais in den letzten zwei Jahrzehnten im Durchschnitt um nahezu das Elffache und mehr erhöht. Die Brigade liefert dem Staat jedes Jahr große Mengen von Getreide.

Im Kreis Hsiyang, wo die Produktionsbrigade Dadschai liegt, ist die Natur umgestaltet und das Ackerland verbessert worden. Die fünf großen Flüsse des Gebiets sind reguliert worden, und dreitausend Schluchten wurden in gutes Ackerland verwandelt. Das Streben des Volkes - daß die Berge ihre Häupter neigen und die Flüsse gebändigt würden - war Wirklichkeit geworden.

Um die Natur zu verändern, haben Dadschai und der ganze Kreis Hsiyang viele Projekte ausgeführt. Und das wurde vorwiegend händisch und nur mit den einfachsten Werkzeugen vollbracht. Besonders am Anfang benützten wir keine Maschinen. Es ist nicht so, daß wir keine Maschinen wollen, sondern es war unmöglich, so viele Maschinen als benötigt auf einmal zu erhalten. Wir konnten aber weder warten noch uns auf die Hilfe des Staates verlassen.

Getreide, das man vom Staat bekommt, kann aufgebraucht werden, akkumulierte Geldmittel werden verbraucht, Material nutzt sich ab, aber wenn man am Grundsatz des Vertrauens auf die eigene Kraft und des harten Kampfes festhält, dann besitzen die im Sinne des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen erzogenen Bauern eine unüberwindliche Kraft. Für sie sind alle Naturwidrigkeiten zu überwinden und alle Schwierigkeiten zu lösen. 1963 wurde Dadschai von einer außergewöhnlich schweren Überschwemmung heimgesucht. Erdreich wurde weggeschwemmt. Über achtzig Prozent unserer Häuser stürzten ein. Doch wir haben es zurückgewiesen, die Getreideunterstützung sowie die Gelder und Materialien, die uns der Staat sandte, anzunehmen. Wir überwanden die großen Schwierigkeiten, indem wir uns auf den Grundsatz des Selbstvertrauens stützten und uns auf die wachsende Kraft der kollektiven Wirtschaft verließen. Zugleich stählten sich die Kommunemitglieder, und die Kader sammelten Erfahrungen in der Überwindung von Schwierigkeiten.

Die Stärke des Grundsatzes des Vertrauens auf die eigene Kraft wurde im Laufe der Umgestaltung der Natur deutlich sichtbar. Die Fonds, welche für die Errichtung verschiedenster Projekte im Kreis Hsiyang benötigt wurden, sind von den Volkskommunen und Produktionsbrigaden selber aufgebracht worden. Die Kommunemitglieder schlugen selbst die Steine, um Dämme zu bauen, löschten Kalk und stellten die benötigten Sprengstoffe selbst her. Viele der Projekte wurden von den Massen entworfen, vermessen und verwirklicht. Indem auf diese Weise vorgegangen wurde, entwickelte das Volk seine Talente, und viele fähige Leute bildeten sich heran. Sogar Frauen, die vom Knallen von Feuerwerkskörpern erschrocken waren, leisten heute beim Sprengen Hervorragendes. Die unermüdlichen Anstrengungen und die außerordentlichen Bemühungen der Kommunemitglieder haben zu einem bedeutenden Anwachsen der Getreideerträge sowie der Geldmittel der Kommunen geführt. Das hat vielen Volkskommunen und Brigaden ermöglicht, Traktoren, Bulldozer und Lastwagen zu kaufen. Das Dreschen und Mehlmahlen wird nun überall maschinell durchgeführt.

Die Bauern haben ihre eigene Kraft und die Stärke der Kollektivwirtschaft beim Kampf gegen die Natur klarer erkannt, und ihr Denken ist bewußter geworden. Je mehr sie tun, umso größer wird ihr Selbstvertrauen und ihr Können. Das hat ihr Denken umfassender gemacht und ihren Gesichtskreis erweitert. Diese moralische Errungenschaft ist weitaus wichtiger und viel größer als der materielle Fortschritt. Ihre Kraft ist unermeßlich."

(In der nächsten Nummer unserer Zeitung bringen wir die Fortsetzung und den Schluß des Interviews mit dem Genossen Tschen Yung-Gui.)

Einiges über die Produktionsbrigade Dadschai

Vor der Befreiung lag der Hektarertrag bei Getreide um 750 Kilo, aber im Jahr 1964 betrug er bereits drei Tonnen, 1973 lag er trotz überaus schwerer Dürre bei 7,5 Tonnen.

Früher war der Viehbestand in Dadschai sehr gering. Heute kommen auf jeden Haushalt im Durchschnitt fünf Zugtiere und zwei Schweine. In den Teichen wurde eine Fischzucht begonnen.

Die Zahl der Maschinen erhöht sich ständig. Heute besitzt die Brigade 5 Traktoren, mit denen sechzig Prozent des Ackerlandes gepflügt werden. Sie hat zwei Lastkraftwagen und mehr als achtzig Maschinen, wie Dreschmaschinen, Zerkleinerungsmaschinen und Trockenmaschinen. Außerdem wurde eine 2.400 Meter lange Materialseilbahn errichtet.

1973 wurden in Dadschai 385 Tonnen Getreide geerntet, wovon 150 Tonnen an den Staat verkauft bzw. abgeliefert wurden. Der Lebensstandard der Bauern hat sich bedeutend erhöht. Neben dem Reservegetreide der Brigade besitzt jede Familie selbst noch Getreide sowie Sparguthaben auf der Bank, darunter viele mit 1.000 bis 2.000 Yuan.

Ein Ja zum Jahr der Frau



Die UNO hat 1975 zum "Jahr der Frau" proklamiert. Wir marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiter sind dafür. Mehr noch: Wir sind der Meinung, daß kein Jahr vergehen darf ohne entschlossenen Kampf für die tatsächliche (und nicht nur "verkündete") Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern. Unserer Ansicht nach kann es keine wirkliche soziale Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung geben, wenn nicht auch die Frauen von dem besonderen Druck befreit werden, der seit Tausenden Jahren auf ihnen lastet.

Friedrich Engels hat nachgewiesen, daß die Spaltung der menschlichen Gesellschaft in Klassen, von denen die eine die andere ausbeutet und unterdrückt, zeitlich (und logisch!) zusammenfiel mit der Verwandlung der "Muttergesellschaft" ("Matriarchat") in eine patriarchalische ("vaterrechtliche") Klassengesellschaft, zunächst in der Form der Sklavenhalterordnung. Und Mao Tsetung, der große Fortsetzer des Werkes der Klassiker des Marxismus-Leninismus, hat wiederholt betont, daß die Frau in der Ausbeuterordnung zusätzlich, eben als Frau, ausgebeutet ist, daß der Sozialismus den realen Weg zur endgültigen Befreiung der Frau eröffnet, die Fortschritte auf diesem Weg aber vom Kampf aller Werktätigen, insbesondere der Frauen, für die Verwirklichung dieser Befreiung abhängen; daß die Frauen den "halben Himmel" bilden, d.h. die Hälfte der menschlichen Gesellschaft ausmachen, daß daher ohne sie kein ernsthafter Fortschritt in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft möglich ist. ⇨

Merkwürdigerweise berichtet gerade heute, da wir diese Bemerkungen zu Papier bringen wollen (am 12. Februar 1975) die bürgerliche Presse mit einem gewissen Behagen (in bezug auf die Frauenemanzipation), daß die Konservative Partei Großbritanniens zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Frau, die frühere Unterrichtsministerin Margaret Thatcher, an ihre Spitze gestellt hat. Für uns muß das doch alarmierend wirken: Versteht unser Klassengegner besser die Zeichen der Zeit als wir selber? Dabei hat doch gerade jetzt die finsterste Reaktion mit der sogenannten "Aktion Leben" einen Großangriff auf die primitivsten - weil biologisch begründeten - Rechte der Frau eingeleitet. Ein krasser Widerspruch, ohne Zweifel. Einerseits putzt sich der Klassenfeind mit weiblichen Repräsentanten seiner Ordnung auf, andererseits will er tollwütig die arbeitende Frau in die Rolle einer Gebärmaschine des Ausbeuterstaates zurückversetzen.

Die revolutionären Arbeiter und alle Marxisten-Leninisten müssen unter diesen Umständen eindeutig klarmachen:

1. Die Frau hat ein unbestreitbares Recht auf ihren Körper. Wenn der Begattungsakt für den Mann keine unerwünschten Folgen hat, darf er auch für die Frau keine unerwünschten Folgen haben; andernfalls kann von Gleichberechtigung der Geschlechter nicht die Rede sein. Mutterschaft darf nicht von außen auferlegte Pflicht, sondern muß von der Frau gewolltes Glück sein. Ein Schwangerschaftsabbruch kann nur von den Erfordernissen zur Gewährleistung der Gesundheit von Mutter und Kind abhängen, nicht aber von religiösen Dogmen oder bevölkerungspolitischen Direktiven der jeweiligen Regierung. Insofern darf es überhaupt keine Strafbestimmungen geben, falls eine Frau gegen ihren Willen schwanger geworden ist und das Kind nicht austragen will. Der sogenannte "Schutz des ungeborenen Lebens" ist eine ganz niederträchtige Verhöhnung jeglicher Erfahrungstatsache und wissenschaftlichen Erkenntnis: denn das Embryo entwickelt sich als Teil des mütterlichen Organismus, und seine eigenständige Lebensfähigkeit beginnt nicht früher, als die Periode einer mehr oder weniger gefahrlosen Lostrennung des Fötus vom mütterlichen Organismus endet.

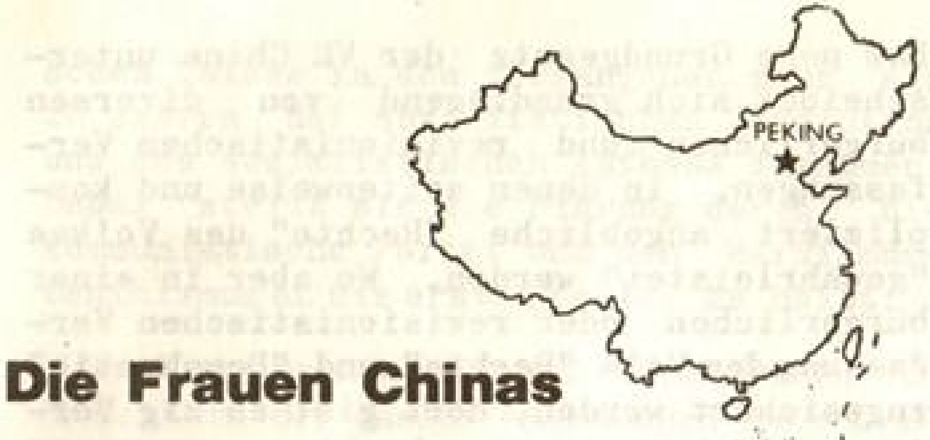
2. Die von der SP-Mehrheit beschlossene Fristenlösung gibt nur zu einem kleinen Teil dem Recht der Frau auf ihren Körper Genugtuung. In der Praxis - bei allen einschränkenden Bestimmungen des Gesetzes und beim Fehlen einer Verbindlichkeit für seine Durchführung - bedeutet es lediglich eine gewisse Ermäßigung des Betrags, den die Frau für eine ihr notwendig erscheinende Schwangerschaftsunterbrechung dem betreffenden Arzt zu zahlen hat. Die sogenannte "Schweigeprämie" fällt eben weg. Nichtsdestoweniger muß die Frau für den notwendigen Eingriff selbst finanziell aufkommen, trägt die von ihr finanzierte Krankenkasse nicht die Kosten. Das ist eine Ungerechtigkeit, gegen die gekämpft werden muß.

3. Wir sind nicht für Abtreibungen, sondern umgekehrt für Empfängnisverhütungsmittel ("Anti-Baby-Pillen" etc.) auf Kosten der Krankenkasse. Wir sind aber entschieden gegen jegliche gesetzliche Verpflichtung der arbeitenden Frau zu einer unerwünschten Mutterschaft!

Die Berichte unserer Zeitung über das Echo der Tagung des 4. Volkskongresses der VR China unter den chinesischen Frauen sowie die Korrespondenz einer Leserin aus Tirol zeigen, wie ernst es uns marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeitern ist, wenn wir - insbesondere eingedenk des internationalen Frauentags am 8. März! - unsere Leser zum entschlossenen und konsequenten Kampf für die vollen Rechte der arbeitenden Frau aufrufen. ●



„Alles klar? Wenn eine Patientin kommt, pfeif' ich kurz – und Sie tauchen auf!"



Die Frauen Chinas

nehmen an der Führung der Staatsgeschäfte teil

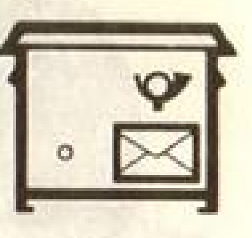
Die 1. Tagung des IV. Gesamtstaatlichen Volkskongresses im Jänner dieses Jahres hat deutlich den grundlegenden Wandel in der Stellung der Frau gezeigt, der seit Gründung der Volksrepublik China vor sich gegangen ist. In ganz China haben die Frauen enthusiastisch die Ergebnisse der 1. Tagung des IV. Volkskongresses begrüßt und ihre Entschlossenheit bekundet, die vom Kongreß gestellten Kampfaufgaben zu erfüllen.

Lin Tschun-Ying, im alten China eine Bettlerin, arbeitet heute in einer südchinesischen Volkskommune, ist Parteisekretärin der Parteizelle einer Produktionsbrigade und wurde als Abgeordnete zum IV. Volkskongreß geschickt. Sie erklärte: "Die Frauen genießen heute in jeder Beziehung in China die gleichen Rechte wie die Männer. Mehr als 600 Frauen nahmen am IV. Gesamtstaatlichen Volkskongreß teil und machten 22 Prozent der Abgeordneten aus. 44 von ihnen saßen im Präsidium, 39 wurden zu Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses gewählt, drei zu Vize-Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses. Der Kongreß ernannte auch eine stellvertretende Ministerpräsidentin und zwei Ministerinnen. Ich bin tief bewegt von diesem großen Wandel in der Stellung der Frau im neuen China."

Unter den 22 stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses befinden sich drei Frauen, unter ihnen Sung Tsching-ling, die Witwe Dr. Sun Yat-sens.

Die Tatsache, daß heute - besonders seit dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution - in China mehr Frauen denn je an der Führung der Staatsgeschäfte teilnehmen, zeigt deutlich die Überlegenheit des sozialistischen Systems. Der beste Beweis für die wachsende politische Rolle der Frauen in China ist, daß es seit dem IV. Volkskongreß eine stellvertretende Ministerpräsidentin gibt: Die 36jährige Wu Gui-hsien, Arbeiterin und Mutter zweier Kinder. ●

Ein Leserbrief



Ich habe immer wieder Diskussionen mit Genossen der revisionistischen "K"PÖ, die ich noch aus einer gemeinsamen Kampfzeit kenne. Diese Genossen sind grundehrlich in ihrer Einstellung und geben ganz offen zu, daß ihnen vieles an den "Theorien" der "K"PÖ-Führer mißfällt. Ihre einzige Hoffnung beruht nur mehr darauf, daß "die gewaltige Sowjetunion letzten Endes aber der Garant der proletarischen Weltrevolution sein werde". Deshalb kritisieren sie uns wegen unserer Aussage, daß das heutige Rußland eine imperialistische Supermacht ist, heftig und meinen, "irgendwann werden sich die Führer in Moskau und Peking schon wieder einigen".

Mit so einer "Hoffnung" werden diese Genossen aber nicht über die Runden kommen. Die Wirklichkeit ist eben anders und nicht mit dem "Herz" kann oder darf man sie beurteilen, sondern nur mit dem Verstand.

Wenn wir den imperialistischen Charakter sogenannter "Hilfe" für Entwicklungsländer durch die Kreml-Führung aufzeigen - etwa Afghanistan oder Indien -, finden sie unsere Angaben "unglaubwürdig" oder bestreiten sie ganz. Die Tatsache, daß die Volksmassen in den arabischen Ländern heute genau wissen, daß die russischen Machthaber ganz vom gleichen Schlage sind als die ehemaligen Kolonialherren in diesem Gebiet, bestreiten sie ebenso und sagen, "das liegt nur an der herrschenden Schicht dort".

Ich bin neugierig, was sie zum jüngsten Akt von Breschnjew und Co. sagen, dessen imperialistischer Charakter wahrlich nicht zu leugnen ist. Ich meine die "Warnung", die der russische Botschafter in Tokio dem japanischen Außenminister übermittelte, daß der Abschluß eines Frieden- und Freundschaftsvertrags mit China "Folgen" haben könne. Was ist das anderes als eine imperialistische Drohung.

F. J., Wien ●



Chinas neue Verfassung

Die 1. Tagung des 4. Volkskongresses der VR China hat am 17. Jänner die neue chinesische Verfassung verabschiedet. Diese verankert die Errungenschaften, die das chinesische Volk in der sozialistischen Revolution und besonders seit dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution erzielt hat.

Seit der ersten Verfassung der Volksrepublik China von 1954 sind in Politik, Wirtschaft und Kultur Chinas wie auch in der internationalen Lage große Veränderungen vor sich gegangen. Die neue Verfassung Chinas stellt keinen Widerspruch zur Verfassung von 1954 dar, hebt ihre Grundsätze nicht auf, sondern ist ihre konsequente Weiterentwicklung, die den gewaltigen Veränderungen und neu gewonnenen Erkenntnissen Rechnung trägt.

Die neue Verfassung ist aus fünf Jahre dauernden wiederholten Diskussionen unter den Volksmassen aller Nationalitäten Chinas hervorgegangen.

Wang Scheng, einer der Abgeordneten zum Volkskongreß - er ist heute über Vierzig und seit seinem dreizehnten Lebensjahr Bergarbeiter - erklärte dazu: "Bevor die Verfassung vom IV. Gesamtstaatlichen Volkskongreß angenommen worden ist, wurden Kopien des Entwurfs an die Grundeinheiten" (wie Fabriken, Schulen, Volkskommunen, Ämter usw. - d.Red.) "verteilt, wo die Menschen sie Kapitel für Kapitel und Artikel für Artikel diskutierten und Ergänzungsvorschläge machten. Die Ansichten des Volkes wurden dann an die höheren Organe weitergegeben, wo sie zusammengefaßt und dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas zugeleitet wurden." Und als Beispiel dafür, wie ernst diese Diskussionen vom chinesischen Volk genommen wurden, führt Genosse Wang Scheng an, daß einer seiner Arbeitskollegen zusammen mit der Frau und den zwei Kindern immer an den Diskussionen über den Verfassungsentwurf teilnahm. "Seine Frau machte zwei Vorschläge, wovon der eine war, daß die Verfassung kurz und bündig geschrieben sein muß, damit sie die arbeitenden Menschen verstehen und sich daran halten können."

Das neue Grundgesetz der VR China unterscheidet sich grundlegend von diversen bürgerlichen und revisionistischen Verfassungen, in denen seitenweise und kompliziert angebliche "Rechte" des Volkes "gewährleistet" werden. Wo aber in einer bürgerlichen oder revisionistischen Verfassung dem Volk "Rechte" und "Demokratie" zugesichert werden, dort gibt es zig Verfassungs- bzw. Gesetzesbestimmungen, welche diese Rechte wieder aufheben. Und außerdem schaut die Praxis in einem kapitalistischen Land ganz anders aus, sodaß das Volk tatsächlich - in der Praxis - eben keine Rechte und nichts zu reden hat.

Lenin hat gesagt: "Eine Verfassung ist fiktiv, sobald Gesetz und Wirklichkeit auseinanderklaffen, sie ist nicht fiktiv, sobald sie übereinstimmen." Die bürgerlichen und revisionistischen Verfassungen sind eben, soweit sie angebliche "demokratische Rechte" für das Volk vorsehen, "fiktiv", soweit sie die Rechte einer alten oder neuen Ausbeuterklasse auf Eigentum und Herrschaft betreffen, zeigt die Praxis, daß sie "nicht fiktiv" sind.

Anders in China. Hier stimmen Verfassung und Wirklichkeit überein, hier besteht die Diktatur des Proletariats und alle Macht gehört - verfassungsmäßig und ebenso in der Praxis - dem Volk. Und in jedem der von 106 auf 30 reduzierten Artikel ist die Aussage kurz und klar in der Sprache, treffend und verständlich, sodaß die Verfassung von den arbeitenden Menschen verstanden werden kann, um sie in der Praxis gewissenhaft durchzuführen und ihre Einhaltung zu sichern.

Der Leitgedanke, der der Verfassung zugrunde liegt, ist die Notwendigkeit der Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. In der Präambel der Verfassung heißt es:

> Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des Sozialimperialismus. Solche Widersprüche können nur durch die Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und durch die von ihr angeleitete Praxis gelöst werden.

Die neue Verfassung Chinas faßt nun die revolutionären Erfahrungen des chinesischen Volkes in den vergangenen mehr als 20 Jahren der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zusammen. Dabei stellt sie die Führung durch die Kommunistische Partei und den Marxismus-Leninismus an die erste Stelle. Es heißt:

> Die Kommunistische Partei Chinas ist der führende Kern des ganzen chinesischen Volkes. Die Arbeiterklasse führt den Staat durch ihre Vorhut, die Kommunistische Partei Chinas.
>
> Der Marxismus, der Leninismus, die Maotsetungideen sind die theoretische Grundlage, von der unsere Nation ihr Denken leiten läßt.

Zur Gewährleistung der einheitlichen Führung des Staates durch die Partei wird ferner festgelegt, daß der Vorsitzende des ZK der KP Chinas die bewaffneten Kräfte des ganzen Landes - die Volksbefreiungsarmee und die Volksmiliz - befehligt.

Das alles entspricht voll und ganz der Notwendigkeit der Festigung der proletarischen Diktatur und der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats.

Die chinesische Verfassung besteht konsequent auf dem prinzipiellen Standpunkt des Marxismus-Leninismus, daß der proletarische Staat die Maschine zur Niederhaltung der Bourgeoisie durch das Proletariat ist. Sie stellt fest, daß die Volksrepublik China ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats ist, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht. Genosse Dschang Tschun-tjiao erklärte in seinem Bericht über die Abänderung der Verfassung: "Unsere Diktatur des Proletariats dient erstens zur Unterdrückung der reaktionären Klassen und Elemente und derjenigen im Lande, die sich der sozialistischen Umgestaltung und dem Aufbau des Sozialismus widersetzen, und zur Unterdrückung jeglicher landesverräterischen und konterrevolutionären Tätigkeit. Sie dient zweitens zum Schutz des Staates vor subversiven Akten und vor einer möglichen Aggression der äußeren Feinde. Sie ist die 'Wunderwaffe', mit der unser Volk die Feinde besiegt und sich selbst schützt. Wir müssen sie mit größter Sorgfalt hüten und sie unablässig stärken."

In die Verfassung wurden weiters Bestimmungen über die Volkskommune und die örtlichen Revolutionskomitees aufgenommen, die beide aus revolutionären Massenbewegungen hervorgegangen sind.

Unter der Diktatur des Proletariats wird einerseits die Diktatur über die Ausbeuterklassen ausgeübt, andererseits innerhalb des Volkes der demokratische Zentralismus verwirklicht.

Die Verfassung Chinas garantiert den Volksmassen das Recht auf freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprachen, umfassende Diskussionen und auf das Anschlagen von Dazibaos - alles demokratische Formen, welche sich die Arbeiter und Bauern Chinas in der sozialistischen Revolution selbst geschaffen haben. Auf Vorschlag Mao Tsetungs ist auch das Streikrecht in die Verfassung aufgenommen worden.

Ebenfalls fixiert die Verfassung die Gleichberechtigung der Frau sowie der nationalen Minderheiten Chinas.

Die Staatsorgane werden verpflichtet, den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen zu studieren, sich konsequent von der proletarischen Politik leiten zu lassen, den Bürokratismus zu bekämpfen, sich mit den Massen zu verbinden und dem Volk zu dienen. Die Funktionäre aller Ebenen, so legt die Verfassung fest, müssen an der produktiven Arbeit teilnehmen.

Jeder Bürger hat das Recht, "vor jedem Staatsorgan beliebiger Ebene gegen jeden Mitarbeiter der Staatsorgane, der das Recht gebrochen oder seine Pflicht verletzt hat, schriftlich oder mündlich Klage zu führen." Niemand darf den Bürgern dabei Schwierigkeiten bereiten, sie daran hindern oder dafür Vergeltung üben.

Diese Bestimmungen aus der Verfassung Chinas widerspiegeln die breiteste Demokratie für die Werktätigen, welche durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht wird. Und die Diktatur des Proletariats legt Schwergewicht darauf, daß die Masse der arbeitenden Menschen tatsächlich, in der Praxis, die Macht im Staat ausüben kann; daß die arbeitenden Menschen jene ihrer gewählten Vertreter, die das in sie gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigen, jederzeit abberufen und durch neue ersetzen können, wie es auch die Verfassung der VR China festlegt; daß die besten Vertreter der Werktätigen Zugang zur Verwaltung des Staates haben usw. Das chinesische Volk hat es deshalb begeistert begrüßt, daß zahlreiche Arbeiter und Bauern Vizepremiers bzw. Vizevorsitzende des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses wurden und so direkt an der Leitung der Staatsgeschäfte teilnehmen.

In bezug auf die internationale Politik der VR China wird in der neuen Verfassung festgestellt: "China will nie eine Super-

macht werden" und damit klar ausgedrückt, daß China weder heute noch in Zukunft nach Hegemonie und Weltherrschaft trachten wird.

★

Die neue Verfassung der Volksrepublik China ist nicht nur ein großer Sieg des chinesischen Volkes. Sie ist zugleich von großer Bedeutung für die Arbeiter der ganzen Welt, denn sie zeigt ihnen, was erreicht werden kann, wenn man den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen zur Richtschnur seines Handelns macht und einen beharrlichen revolutionären Kampf führt. Sie zeigt anschaulich, wie die Diktatur des Proletariats aussieht. Es ist notwendig, die revolutionäre Verfassung der Volksrepublik China gründlich zu studieren und sie in größtem Ausmaß zu propagieren und zu verbreiten.

Für Kreisky und Androsch:

Kapitalistenlob

Der "Wahlkampf" zur Vernebelung der Hirne der arbeitenden Menschen in Österreich hat begonnen. Obwohl der Zeitpunkt der Nationalratswahl nun doch endgültig erst für den 5. Oktober fixiert erscheint, hat die herrschende Kapitalistenklasse alles Interesse, den Österreichern schon jetzt eine Spiegelfechterei vorzuspielen, die den Anschein erwecken soll, als hätten die arbeitenden Menschen in unserem Lande tatsächlich eine Wahl. In Wirklichkeit haben sie niemanden zu wählen; denn wer immer sich zur Wahl stellt, vertritt die Interessen der Ausbeuter, und die Werktätigen bleiben nach wie vor ohne Vertretung im Parlament, das selbst nur ein Scheindasein - zum Betrug am Volk - führt.

Im Zeichen dieses "Wahlkampfes" hat die von der ÖVP-hörigen Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft finanzierte "Presse" im Februar zweimal Großattacken gegen die Kreisky-Regierung geritten. Das eine Mal aus Anlaß der zweiten "Nah-Ost-Mission" Kreiskys an der Spitze einer Delegation der "Sozialistischen Internationale", das andere Mal wegen der Intervention des "Thronfolgers" Androsch bei den indirekt verstaatlichten Puch-Werken.

Als Kreisky von seiner Nahost-Reise zurückkehrte, stellte er fest, daß das an Einwohnerzahl kleine, an Erdöleinkünften jedoch überaus reiche Libyen ein für Österreich - im Gegensatz zu anderen entwickelten Industrieländern - noch unerschlossener Markt sei. Auf Grund seiner Gespräche (als österreichischer Regierungschef) mit den dortigen Machthabern versicherte er, daß Österreichs Industrie Aufträge in Milliardenhöhe für Libyen erhalten könnte. Darauf ein recht sonderbarer Kommentar der "Presse": Kreisky hätte sich als "Doppelconferencier" produziert, d.h. er wäre einerseits als Delegierter der "Sozialistischen Internationale", andererseits zugleich als Sprecher Österreichs aufgetreten. Die Vertreter der privaten und staatlichen (bürokratischen) Monopolbourgeoisie Österreichs waren jedoch über das Ergebnis der Gespräche des Bundeskanzlers in Tripolis sehr befriedigt: die kapitalistische Wirtschaft unseres Landes ist nämlich an einer Ausweitung des Handels höchst interessiert und begrüßt daher die neuen Möglichkeiten eines Exports nach Libyen. Das mußte auch die "Presse" zwei Tage nach ihrer "Anti-Kreisky-Glosse" offen zugeben. Es zeigte sich also, daß die SPÖ-Führung, die gegenwärtig die Geschäfte der österreichsichen Kapitalistenklasse verrichtet, genau in deren Interesse gehandelt hat und daß der Querschuß der "Presse" lediglich parteipolitischen Zwecken der ÖVP (im Interesse des Volksbetrugs!) gegolten hat, letzten Endes unwillkürlich Propaganda für Kreisky machte.

Der zweite Fall: Am 22. Februar empörte sich die "Presse" in ihrem Aufmacher darüber, daß Androsch in einer "Doppelfunktion" aufgetreten sei, nämlich: als Finanzminister und zugleich als eine Art "Industrieminister", weil er die maßgeblichen Herrn der Steyr-Daimler-Puch-AG und der dieser Firma übergeordneten verstaatlichten Credit-Anstalt zu sich gebeten hatte, um Maßnahmen zur Absatzkrise bei den Puch-Werken, die den Arbeitsplatz von 700 Arbeitern gefährdet, zu erörtern. Schon zwei Tage später mußte dasselbe Blatt melden, daß einer der führenden bürokratischen Kapitalisten innerhalb der ÖVP, der Generaldirektor der Girozentrale und Aufsichtsratsvorsitzende der ÖIAG Taus, ebenfalls - wie die SPÖ-Führung - "die Vollbeschäftigung als Hauptziel der Wirtschaftspolitik" bezeichnete und praktisch Androsch Schützenhilfe leistete. Im gleichen Sinn haben sich mehr oder weniger deutlich Vertreter der Industriellenvereinigung ausgesprochen. Auch hier schlägt ein Angriff gegen die SP-Regierung praktisch in eine Propaganda für sie um!

Das alles ist kein Zufall: 1. Ohne die "Verstaatlichten" (in Industrie und Finanzwesen) sowie der übrigen Sparten der "Gemeinwirtschaft" (Kommunal- und Länderunternehmen) kann die moderne kapitalistische Wirtschaft in Österreich nicht funktionieren. Im Gegenteil: Gerade dank dem überaus großen Anteil der - unter kapitalistischen Verhältnissen und im Interesse der Kapitalisten - vergesellschafteten Unternehmen im heutigen Österreich hat unser Land im Verhältnis zu anderen Industrieländern eine geringe Inflationsrate (an drittletzter Stelle unter 20 Ländern der OECD), eine kleine Arbeitslosenquote (kaum zwei Prozent der Erwerbstätigen) und eine hohe Wachstumsziffer des Sozialprodukts (faktisch die höchste innerhalb der OECD-Länder im Jahre 1974). 2. Dieses Funktionieren wäre aber unmöglich, würden nicht die Manager der "Verstaatlichten" im besonderen und der sogenannten "Gemeinwirtschaft" (ein sozialdemokratischer Fachausdruck) im allgemeinen die Richtung weisen, den Ton angeben. Unter letzteren sind aber die maßgebenden Herren der SPÖ und des ÖGB in jeder Hinsicht führend. Sie sind es, die gestützt auf ihre "privatkapitalistische" Domäne der BAWAG samt deren Konzernbetrieben, zumindest die Hälfte des Einflusses auf die Unternehmen der "öffentlichen Hand" in Österreich besitzen und vor allem vermittelst der Gewerkschaften einzig und allein in diesem Lande imstande sind, die große Masse der Arbeiter und unteren Angestellten (das sind drei Viertel aller Erwerbstätigen!) im Zaume zu halten.

Abschließend: Österreichs Wirtschaftswunder ist das wundersame Vermögen Kreiskys und seines Teams, das Schiff der kapitalistischen Profitwirtschaft weitgehend von den Klippen der Wirtschaftskrise fernzuhalten, indem die arbeitenden Menschen unseres Landes breitgeschlagen werden, sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung unters Joch zu beugen. Das kann aber auf die Dauer nicht gelingen.